

Konkurrenz oder Zusammenarbeit – die wirtschaftlichen Interessen von Frankreich und Deutschland in China

Eva-Maria Ackermann und Céline Caro¹

China hat in den vergangenen 30 Jahren eine vermutlich so noch nie gekannte wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen. Die schrittweise Öffnung hin zu einer immer stärkeren marktwirtschaftlichen Orientierung hat große Wachstumskräfte freigesetzt. Selbst im Jahr 2009 – das Jahr der größten weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem weltweiten Rückgang der Wirtschaftsleistung um 1,3 Prozent – liegt das Wachstum des chinesischen Bruttoinlandsprodukts bei 8,7 Prozent. Es wird erwartet, dass die chinesische Wirtschaft – gestützt durch ein staatliches Konjunkturpaket von umgerechnet 400 Milliarden Euro – gerade in der Wirtschaftskrise an Bedeutung gewinnt und China noch vor dem Jahr 2030 die USA als weltweit größte Wirtschaftsmacht ablösen wird. Für die Europäische Union ist China seit 2006 der wichtigste Importpartner mit einem deutlichen Handelsbilanzüberschuss von 159 Milliarden Euro auf chinesischer Seite. Nicht zuletzt die so entstandenen Devisenreserven stützen die chinesische Wirtschaft und verstärken die weltweite wirtschaftliche Bedeutung und das politische Gewicht der Volksrepublik.

Allen wirtschaftlichen Verflechtungen zum Trotz werden in Europa insbesondere die mangelnde Einhaltung der Menschenrechte, politische Zensur und der Umgang mit ethnischen Minderheiten in China kritisiert. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu China können – so scheint es – nicht losgelöst von den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten betrachtet werden. Nicht selten führen kritische Töne aus dem Westen zu handfesten diplomatischen Verstimmungen, die sich auch negativ auf die Wirtschaftsbeziehungen der beteiligten Länder auswirken können.

Für einen Vergleich der deutschen und der französischen Beziehungen zu China muss zunächst festgehalten werden, dass die Ausgangspositionen der beiden Nachbarstaaten unterschiedlich sind. So hat Deutschland erst nach 1990 den intensiven außenpolitischen Austausch mit den asiatischen Ländern begonnen. Für Frankreich, das ebenso wie China ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und darüber hinaus Atommacht ist, waren hingegen die politischen und diplomatischen Beziehungen zu China schon seit dem Zweiten Weltkrieg von größerer Bedeutung. Gleichzeitig ist die exportorientierte deutsche Wirtschaft mit ihrer

¹ Eva-Maria Ackermann ist Junior Communications Manager bei Henkel in Düsseldorf. Céline Caro hat im Bereich der Deutschland- und Frankreichstudien promoviert, sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Paris. Der Text gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autorinnen wieder.

Spitzentechnologie besonders im Bereich Maschinenbau der ideale Partner für eine sich entwickelnde und aufstrebende Volkswirtschaft. China ist die Werkbank der Welt und die Deutschen liefern die Werkzeuge. Eine ähnlich enge wirtschaftliche Verflechtung lässt sich zwischen der französischen und der chinesischen Wirtschaft nicht feststellen. Dennoch ist beiden Ländern gemeinsam, dass in geradezu regelmäßigen Abständen diplomatische Verstimmungen im Verhältnis zu China auftreten. Diese entzündeten sich zumeist an Fragen der Menschenrechte und des Umgangs mit ethnischen Minderheiten.

Zu nennen ist hier zum Beispiel der Empfang des Dalai Lama durch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel im September 2007, der von chinesischer Seite mit dem Aussetzen des seit dem Jahr 2000 bestehenden Rechtsstaatsdialogs der beiden Staaten beantwortet wurde. Auch der Umgang mit systemkritischen Schriftstellern durch die Organisatoren der Frankfurter Buchmesse 2009 führte zu heftiger Kritik von Seiten der chinesischen Regierung. Diese Zwischenfälle auf dem diplomatischen Parkett zogen allerdings kaum konkrete oder spürbare Auswirkungen auf der wirtschaftlichen Ebene nach sich. Der Export deutscher Waren nach China nahm beispielsweise im ersten Semester 2008 – direkt nach dem Treffen Merkels mit dem Dalai Lama – um 20 Prozent zu. Bisher scheinen die wirtschaftlichen Verflechtungen, die durch eine Politik des „Wandel durch Handel“ aufgebaut wurden, stark genug. So konnten diese unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit ausgetragenen Differenzen weder die wirtschaftliche Zusammenarbeit, noch den zwar stillen aber stetig wachsenden rechtstaatlichen Dialog ernsthaft gefährden.

Gleiches kann für die chinesisch-französischen Beziehungen nicht festgestellt werden. Aufgrund der Tatsache, dass Frankreich auf politischer Ebene in China als bedeutender wahrgenommen wird als Deutschland, wirken sich auch die politischen Differenzen deutlicher auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und China aus. Deshalb gehen hier die Verstimmungen über die rein öffentlich-politische Ebene hinaus und spiegeln sich direkt in den wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder wider. So sind die Demonstrationen während des olympischen Fackellaufs im April 2008 in Paris auf großes Unverständnis in China gestoßen und wurden von der Bevölkerung mit einem breiten, zum Teil sogar gewalttätigen Boykott der französischen Handelskette Carrefour beantwortet. Der Autobauer Renault, dessen China-Geschäft mit 900 verkauften Autos im Jahr 2008 bereits sehr schleppend lief, sah sich mit dem Verbot seiner Autos aufgrund von Sicherheitsmängeln konfrontiert. Französische Beobachter möchten hierin allerdings eher eine Reaktion der chinesischen Behörden auf den Besuch des

Dalai Lama, der in Paris mit einem Renault vorfuhr, erkennen. Auf politischer Ebene zog ein Treffen des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy mit dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter im Dezember 2008 in Polen, ähnlich wie in Deutschland, diplomatische Konsequenzen nach sich: Der Europa-China-Gipfel, der unter französischer Ratspräsidentschaft hätte stattfinden sollen, wurde kurzerhand von China abgesagt.

Gerade aufgrund der unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Ausgangspositionen der beiden Länder im Verhältnis zu China wäre es von Vorteil, wenn deutsche und französische Firmen eine gemeinsame China-Politik und eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit bei der Erschließung des chinesischen Marktes betreiben würden. Auch wenn Fragen der Außenpolitik ebenso wie Fragen von Prestige und Konkurrenz im Reich der Mitte zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Europäischen Union immer eine gewisse Brisanz besitzen, könnten beide Länder von einer verstärkten Kooperation profitieren – insbesondere da jedes Land über seine ganze eigene Spezialisierung verfügt, wie es für Deutschland zum Beispiel für den Bereich Maschinenbau und Elektrotechnik und für Frankreich für die Wasserversorgung oder die Abfallaufbereitung zutrifft. Aktuell muss allerdings konstatiert werden, dass sich Firmen der beiden Länder statt einer Kooperation in zahlreichen Bereichen einen erbitterten Kampf um Marktanteile vor Ort liefern.

Zu Beginn des Jahres 2009 begann ein Konkurrenzkampf um den wachsenden Telekommunikationsmarkt in China zwischen dem französischen Unternehmen Alcatel-Lucent und dem finnisch-deutschen Unternehmen Nokia Siemens Networks. Das Rennen machte der französische Konzern, der Verträge mit einem Volumen von 1,3 Milliarden Euro unterzeichnen konnte, während sich die Konkurrenz mit 880 Millionen zufrieden geben musste. Ein weiteres, deutliches Beispiel aus den vergangenen Jahren sind die erbitterten Rivalitäten zwischen dem französischen Konzern Alstom und dem deutschen Unternehmen Siemens bei der Entwicklung der Verkehrsnetze für Hochgeschwindigkeitszüge in China. Hier ging das deutsche Unternehmen im Jahr 2005 in Führung mit der Unterzeichnung eines Vertrages mit dem chinesischen Ministerium für Eisenbahnbau über den Bau von 60 Zügen des Typs Velaro, die zum ersten Mal im Jahr 2008 eingesetzt wurden, um die Städte Peking und Tianjin während der Olympischen Spiele zu verbinden. Im März 2009 verkündete Siemens die weitere Unterzeichnung von Verträgen in der Höhe von einer Milliarde Dollar mit der Volksrepublik zum Bau von hundert neuen Hochgeschwindigkeitszügen, die insbesondere auf der neuen Strecke zwischen Peking und

Shanghai verkehren sollen – ein Rückschlag für Frankreich, das mit dem TGV über eine ähnliche Technologie verfügt.

Der Wert von Kooperation und Solidarität zwischen Staaten der Europäischen Union in einer Welt, in der *global players* eine höhere Erfolgchance haben als einzelne, isolierte Staaten, hat sich zum Beispiel im Bereich der Luftfahrt bereits deutlich gezeigt. Im Oktober 2006 gelang es dem multinationalen europäischen Konzern Airbus, sich gegen den amerikanischen Konkurrenten Boeing durchzusetzen und ein Kooperationsabkommen mit den chinesischen Behörden zu unterzeichnen. Vor dem Hintergrund dieses Erfolges ist der Ausstieg des deutschen Partners Siemens aus dem seit 2001 gemeinsam mit der französischen Areva geführten Konzern Areva NP keine gute Nachricht. Areva NP, bisher in China am Bau von neun der momentan elf betriebenen Atomkraftwerken in der Volksrepublik beteiligt, wird als französischer Konzern in Zukunft vermutlich einem deutsch-russischen Konsortium als Konkurrent gegenüberstehen.

Es ist fraglich, ob in einer globalisierten Wirtschaft mit immer stärkerer Konkurrenz von Seiten der Schwellenländer und einem wachsenden Handelsbilanzdefizit der Europäischen Union gegenüber China die von Deutschland und Frankreich betriebene Handelspolitik gegenüber der Volksrepublik als zweckmäßig bezeichnet werden kann. In Anbetracht der industriellen Spezialisierungen beider Länder und der Schwierigkeiten auf beiden Seiten, Handelsinteressen gegenüber China durchzusetzen und Marktanteile zu verteidigen, scheint eine bilaterale Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich sowie der Aufbau einer echten europäischen Handelspolitik wesentlich zielführender als die Aufrechterhaltung der momentanen Konkurrenzsituation. Eine solche gemeinsame Handelspolitik auf der Basis der unterschiedlichen industriellen Spezialisierungen und einer genauen Aufgabenteilung für einzelne Wirtschaftszweige könnte die für alle EU-Länder unvorteilhafte Konkurrenzsituation oder Dumping zwischen den europäischen Unternehmen vermeiden. Der Außenhandelskammer der Europäischen Union in China fehlen jedoch die notwendigen Kompetenzen, um eine echte europäische Wirtschaftspolitik in China umsetzen zu können. Aus geopolitischen, wirtschaftlichen und auch finanziellen Gründen zeichnet sich hingegen eine Festigung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China ab. Vor diesem Hintergrund sollte die Europäische Union ein großes Interesse daran haben, sich als vereinter und starker ökonomischer Partner zu präsentieren, der eine klar definierte Handelsstrategie verfolgt und der bereit ist, sein industrielles Know-how und seine gemeinsamen Interessen gegenüber dem Reich der Mitte gemeinsam zu verteidigen.